

## Landesarbeitsgemeinschaft Frieden und Internationale Politik (FIP) NRW

### Änderungsanträge an den Landesparteitag NRW vom 3.- 5.12.2021 zum Entwurf des Landtagswahlprogramms 2022

- Seite 115, Zeile 4603 – 4604 ändern in:  
„Wenn Menschen vor Krieg und Zerstörung ihrer Länder fliehen, muss NRW sich dafür einsetzen, mehr Geflüchtete vor allem aus Krisengebieten aufzunehmen....

Begründung: Die Menschen fliehen nicht nur vor der Zerstörung durch exportierte Waffen, sondern vor den Kriegen, die damit geführt werden.

- Seite 116, Zeile 4615 bis 4625 streichen.  
Begründung: Der Teil hat mit NRW wenig zu tun.

- Seite 116, Zeile 4628 nach 47 Milliarden Euro ergänzen:  
...und soll auf 2% des BIP steigen (das wären aktuell 70 Mrd. €)

Begründung: Es ist wichtig auf die Dimension der geplanten Steigerung der Militärausgaben hinzuweisen.

- Seite 117, Zeile 4653 – 4655 ändern in:  
Die Landesregierung muss den Apell der Mayors for Peace ernstnehmen und dafür einsetzen, dass sich alle Kommunen diesem anschließen und die weltweite Ächtung von Atomwaffen vorantreiben.

Begründung: Die Forderungen sollten kurz und prägnant sein.

- Einen neuen Absatz einfügen nach Zeile 4655:

#### **Keine NATO-Agentur in Bochum**

Die Stadt Bochum bemüht sich um die Ansiedlung der NATO-Agentur NCIA (Nato Communications and Information Agency), deren Aufgabe darin besteht, NATO-Kriegshandlungen mit Cyber-basierten Aktivitäten zu ermöglichen und abzusichern. Die NCIA hat bereits 32 Standorte in Europa, vier davon in Deutschland, Bochum wäre der Fünfte.

Als Standort vorgesehen ist das Gelände der ehemaligen OPEL-Werke in Bochum nahe der Dortmunder Stadtgrenze. In Aussicht gestellt werden hochqualifizierte Arbeitsplätze und eine Zusammenarbeit mit den IT-Abteilungen der Ruhr-Universität.

Die Linke lehnt die Etablierung dieser weiteren NCIA-Dependance in Bochum sowie im ebenfalls zur Debatte stehenden Bonn ab: Die von der NATO betriebenen Kriegsvorbereitungen würden an einem weiteren Ort logistisch gestützt und somit gefördert. Die Forschungen der Ruhr-Universität Bochum, möglicherweise auch umliegender Fachhochschulen würden in die Kriegsforschung einbezogen. Im Fall eines bewaffneten Konflikts würde der Standort vorrangiges Angriffsziel mit dem Ergebnis vernichteten Lebens und zerstörter Infrastruktur.

Was tun?

- Nein zur NATO-Einrichtung NCIA, nicht auf dichtbesiedeltem städtischen Gebiet und auch nicht anderswo!
  - Die Oberbürgermeister der Ruhrgebietsstädte, fast ausnahmslos Mayors for Peace, müssen sich der Verantwortung stellen, die Bürger\*innen ihrer Städte vor verheerenden Kriegshandlungen zu schützen!
  - Städte sollen, der Logik des von den meisten unterzeichneten ICAN-Städteappells folgend, militärische Einrichtungen auf ihren Gebieten verweigern!
- Zeile 4675 - 4677 von „In diesem Sinne... - Israelis sorgt“ streichen.

Begründung: Im folgenden Absatz wird ein gerechter Frieden im Nahen Osten gefordert. Das ist eine Doppelung und macht in dem Kontext wenig Sinn.

- Einen neuen Absatz einfügen nach Zeile 4682:

### **Lernorte für Antifaschismus, Antirassismus, Frieden und Demokratie schaffen.**

75 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus machte sich die Landesregierung von NRW auf, ein Gedenkstättenkonzept für das ehemalige Kriegsgefangenenlager Stalag 326 in Stukenbrock zu entwickeln. Leider wird die vorliegende Machbarkeitsstudie der historischen Verantwortung zum Gedenken und zur Erinnerung an die Verbrechen des Faschismus und der Wehrmacht nicht gerecht.

Die geplante Gedenkstätte am ehemaligen Kriegsgefangenenlager in Stukenbrock-Senne muss ein Lernort für Antifaschismus, Antirassismus, Frieden und Demokratie werden. Die zentrale Bedeutung des Stalag 326 im System der „Vernichtung durch Arbeit“ und somit im Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion muss im Mittelpunkt stehen. Der sowjetische Ehrenfriedhof muss deshalb Teil der Gedenkstätte werden.

Die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944“, zurzeit eingemottet im Deutschen *Historischen Museum* in Berlin, soll in der Gedenkstätte Stukenbrock-Senne den passenden Platz finden.

#### **Begründung:**

Die Gedenkstätte am Ort des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers und der Ehrenfriedhof in Stukenbrock-Senne gehören zu den bedeutendsten Orten des antifaschistischen und antimilitaristischen Gedenkens in NRW und darüber hinaus. Seit über 50 Jahren setzt sich der Arbeitskreis „Blumen für Stukenbrock“ für den Erhalt und eine der Bedeutung angemessenen Würdigung des Friedhofs ein. Jetzt haben Bund und auch das Land NRW eine Förderung in Höhe von jeweils rund 25 Millionen Euro zugesagt. Das ehemalige Stalag 326 in Schloß Holte-Stukenbrock soll zu einer Gedenkstätte von nationaler und internationaler Bedeutung ausgebaut werden.

Thematisiert werden soll auch die Nutzung als Internierungslager für angeklagte Nazifunktionäre, als Lager für Flüchtlinge und Vertriebene (Sozialwerk Stukenbrock), später für Aussiedler aus der DDR. Das Konzept „Lager wird überall gemacht“ lässt nur wenig Platz für den Ehrenfriedhof. Er kommt nur am Rande vor.

Mehr als 300.000 überwiegend sowjetische Kriegsgefangene kamen nach Stukenbrock. Viele wurden als Zwangsarbeiter in umliegenden Höfen und Betrieben und im Ruhrbergbau eingesetzt. Bis zu 65.000 Gefangene überlebten nicht. Sie wurden erschlagen, erschossen, wurden Opfer von Zwangsarbeit, von Hunger und von Seuchen wie Ruhr und Fleckfieber.

Der Tod von 3,3 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen in deutscher Gefangenschaft war eingeplant. Dieser Massenmord war Teil des Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion. Dem Terror von Wehrmacht, SS-Einsatzgruppen und ihren Helfern fielen in der Sowjetunion 27 Millionen Menschen zum Opfer. Mehr als die Hälfte waren Zivilisten.

Vor diesem Hintergrund verbietet sich jeder Versuch diese Verbrechen zu relativieren und aus der Erinnerung zu drängen.

- Seite 118, Zeile 4689 - 4703 streichen  
Begründung: Diese Absätze haben keinen Bezug zu NRW.
- Seite 118, Zeile 4712 – 4716 streichen  
Begründung: Dieser Absatz hat keinen Bezug zu NRW
- Seite 119, Zeile 4751 - 4755 streichen.  
Begründung: Dieser Absatz hat keinen Bezug zu NRW.